

# Wedemark bringt Windpark auf den Weg

Befürworter und Gegner des Enercity-Projektes tauschen erneut die Argumente, im Rat gibt es letztlich nur drei Gegenstimmen

**WEDEMARK (GÖT).** Sie wollen die Energiewende voranbringen – und planen dafür, auch Windkraftanlagen im Forst zu genehmigen, im Nordosten des Gemeindegebiets. In der Sitzung des Rats der Gemeinde Wedemark haben sich Gegner und Befürworter eines Windparks im Forst Rundshorn einmal mehr einen Schlagabtausch geliefert. Letztlich stimmten die meisten Ratsmitglieder zu: Es gab nur drei Gegenstimmen.

Schon in der Bürgerfragestunde hatten sich etliche erbitterte Gegner des Projekts zu Wort gemeldet: Warum die Gemeinde mehr als das erforderliche Minimum an Flächen für die Windkraft zur Verfügung stellen wollte, lautete eine Frage. Alles laufe auf eine Überversorgung mit Strom an windigen Tagen hinaus, da Speicher noch nicht zur Verfügung stünden. Und das zulasten des Waldes, dessen Ökosystem von den Anlagen mit ihren mächtigen Fundamenten und den Zufahrtswegen für die Wartung empfindlich gestört werde, hieß es.

Bürgermeister Helge Zychlinski (SPD) verwies darauf, dass aus seiner Sicht der Klimawandel die größte Gefahr für die Artenvielfalt darstelle. Bisher stamme der Großteil des Stroms, der in der Wedemark verbraucht werde, aus dem Kohlekraftwerk in Hannover-Stöcken. „Die Windkraft bringt eine deutlich kleinere Einschränkung für die Anwohnerinnen und Anwohner“, sagte er.

Politik und Verwaltung hätten

noch diverse Schutzgüter in die Abwägung eingebracht und die Fläche für den Windpark deutlich verkleinert. Zychlinski halte das Projekt für gut und vorbildlich. Die Gemeinde verfüge über Flächen, die sie für die Energieversorgung zur Verfügung stellen könne. Bisher geschehe das nur in sehr kleinem Ausmaß: Der einzige Windpark im Gemeindegebiet befindet sich zwischen Elze und Meitze. Er sagte, die Speicherkapazitäten würden parallel zu den Windenergie-Quellen ausgebaut.

Auf die Frage nach einem Ausgleich für den Verlust an Flächen für die Naherholung verwies der Bürgermeister darauf, es werde Ausgleichsflächen geben, die alle in der Wedemark lägen. Für den Wirtschaftswald mit Kiefern werde man ökologisch höherwertigen Mischwald schaffen. Dazu komme, dass mit dem Windpark auch Wertschöpfung im ländlichen Raum geschehe. Über verschiedene Abgaben profitierten letztlich alle 30.000 Bewohner der Wedemark – auch wenn nicht jeder und jede damit glücklich sei.

Timo Cramm (SPD) sprach von einem bedeutenden Schritt für die Gemeinde. Man habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht – nun wolle man ein Zeichen für die Energiewende setzen.

Norbert Bakenhus (Grüne) nannte die Windenergie die effektivste und günstigste Art der Stromerzeugung und betonte, sie reduziere die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und „unap-



**Ambitioniert: An der A7 in der Gemeinde Wedemark sollen 36 Windräder gebaut werden, ähnlich dieser Anlage im nahegelegenen Windpark Elze.**

Foto: Kathrin Götze

petitlichen Lieferstaaten“. In einer Podiumsdiskussion mit dem Regionsdezernenten Jens Palandt seien Vor- und Nachteile des Windparks im Forst angesprochen worden. „Eine Jubelveranstaltung für Windräder war das nicht.“ Die Forstflächen seien der einzige geeignete, weil vergleichsweise

Standort im Gemeindegebiet für einen größeren Windpark. Letztlich habe man die Zahl der Anlagen aber von 43 auf 33 reduziert.

Während Bakenhus sprach, wies der Ratsvorsitzende Daniel Leide (CDU) einige Zuhörer darauf hin, dass Bild- und Tonaufzeichnungen während der Ratssitzung nicht erlaubt sind. Erst

nach Widerspruch gaben zwei Besucher den Versuch auf, mit dem Smartphone zu filmen.

Auch Susanne Brakelmann (CDU) betonte, dass die Ratsmitglieder die Abwägung zwischen Wald und Windkraft keinesfalls auf die leichte Schulter genommen hätten. „Nutzung oder Natur“, das sei ein Zwiespalt, mit

dem es die gewählten Vertreter hin und wieder zu tun hätten – auch, wenn es beispielsweise um Gewerbeflächen gehe. Auch sie habe nicht von vornherein Hurra geschrien, sondern Informationen gesammelt.

Probleme wie Wasser- und Landschaftsschutz habe man in der Planung bedacht, entsprechende Technik sei verfügbar, und empfindliche Gebiete wie die Wietzeau aus dem Plan gestrichen worden. Durch das Wasserschutzbereich, Zone 3, in dem einzelne Windräder stehen sollen, verlaufe auch die Autobahn. Sie erinnerte daran, dass jede Windkraftanlage noch einzeln genehmigt werden müsse. „Wir handeln nicht leichtfertig“, sagte Brakelmann. „Es ist alles eine Frage der Abwägung. Und es hilft nichts, wenn man nichts tut.“

Margarethe Garland von der Wählergemeinschaft Pro Wedemark (WPW) sagte, die Fläche im Forst sei ausgewählt worden, weil sie „geringes Konfliktpotenzial“ aufweise. „Das liegt daran, dass die Natur keine Stimme hat“, sagte sie. Die Risiken für Wasser und Bodenprofil seien zu groß, um die Anlagen zu bauen. „Wenn wir das versauen, können wir es nicht wiedergutmachen“, warnte sie.

AfD-Politikerin Antje Lange betonte, sie sei nicht prinzipiell gegen Windkraft. Doch die besten Standorte dafür lägen nun einmal nicht in der Wedemark. Sie hoffe, dass man sich das gut überlege, und dass nicht doch nur finanzielle Gründe für den neuen Windpark sprächen.

AnzeigenSpezial



## GELD UND RECHT

TIPPS, TRICKS UND RAT VON EXPERTEN



Fotos: Pixabay.com

## Diebstahl im Freibad

Wann die Versicherung zahlt

Wenn im Frühjahr nach und nach die Freibäder öffnen und die Wassertemperaturen der Badeseen steigen, treibt es mehr und mehr Menschen nach draußen. Doch damit kehren nicht nur Handtücher und Stranddecken auf die Liegewiesen zurück, sondern auch ein bekanntes Risiko: der Diebstahl unbeaufsichtigter Wertsachen. Wer es Langfingern nicht ganz so leicht macht, Dinge zu entwenden, kann auf den Schutz seiner Hausratversicherung hoffen.

„Wer seine Wertsachen im Freibad unbeaufsichtigt lässt, sollte sich bewusst sein, dass die Hausratversicherung in der Regel nicht für einfache Diebstähle aufkommt“, sagt Bianca Boss, Vorständin beim Bund der Versicherten (BdV). Bleiben Handy und Geldbeutel also einfach unter dem Handtuch liegen, während man selbst ins Wasser geht, greift die Police bei Verlust nicht.



**Wer seine Wertsachen im Freibad unbeaufsichtigt lässt, sollte wissen, dass die Hausratversicherung in der Regel nicht für einfache Diebstähle aufkommt.**

Foto: Annette Riedl/dpa

Besser daher: abschließbare Spinde oder Locker in einem Gebäude nutzen, die Betreiber im Idealfall zur Verfügung stellen. Wenden Langfinger hier Gewalt an, um an die Wertsachen zu gelangen, handelt es sich um Einbruchdiebstahl, der von der Hausratversicherung abgedeckt ist. Werden Wertgegenstände unter Androhung von Gewalt herausgegeben, leistet die Hausratversicherung ebenfalls Ersatz zum Neuwert.

Allerdings: Dem BdV zufolge bieten einige Versicherer inzwischen auch Hausrat-Tarife mit erweiterten Leistungen an, die mitunter auch einfachen Diebstahl bis zu einer bestimmten Entschädigungsgrenze einschließen. Versicherte tun daher gut daran, ihre bestehende Police sorgfältig zu prüfen und im Zweifel direkt beim Versicherer nachzufragen, ob und in welchem Umfang einfacher Diebstahl abgedeckt ist. (DPA)

## Ab wann lohnt sich eine doppelte Haushaltsführung?

Mit der Familie an einen Ort wohnen, für die Arbeit einen zweiten Haushalt woanders führen – das gibt es. Die sogenannte doppelte Haushaltsführung kann in der Regel sogar in der Steuererklärung angeführt werden. Voraussetzung dafür: Die doppelte Haushaltsführung ist beruflich veranlasst, «das heißt, der Arbeitnehmer arbeitet an einem Ort, der weit von seinem Hauptwohnsitz entfernt ist», so Daniela Karbe-Geßler vom Bund der Steuerzahler. Doch was genau bedeutet «weit entfernt»? Mit dieser Frage hat sich das Finanzgericht Münster auseinandergesetzt (Az. 1 K 1448/22 E).


Der konkrete Fall: Ein Steuerzahler hatte seinen Hauptwohnsitz in einem Ort, der 30 Kilometer von seiner Arbeitsstätte entfernt lag. Mit Berufsverkehr dauerte die Fahrt mit dem Pkw dorthin fast eine Stunde, mit öffentlichen Verkehrsmitteln sogar über zwei Stunden. Darum mietete er eine Zweitwohnung in der Nähe seiner Arbeit – und wollte die Kosten als Werbungskosten in der Steuererklärung geltend machen.

Das Finanzgericht Münster entschied aber, dass eine Entfernung von 30 Kilometern und eine Fahrtzeit von unter einer Stunde für den

Steuerzahler zumutbar seien und der Zweitwohnsitz demnach nicht notwendig sei. Dass die Fahrtzeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln deutlich länger dauert, war für das Gericht unerheblich, da der Mann nicht darlegen konnte, diese tatsächlich zu nutzen. Im Gegenteil: Er nutzte seinen Firmenwagen sogar für den Weg von einem Kilometer zwischen der Zweitwohnung und seiner Arbeitsstätte. Die Kosten für den zweiten Wohnsitz wurden steuerlich also nicht anerkannt – das subjektive Empfinden eines anstrengenden Arbeitswegs genügt dem Gericht hier nicht.

Und was bedeutet das Urteil? Eine Mindestentfernung von 50 Kilometern zwischen Haupt- und Zweitwohnsitz ist ein geeigneter Richtwert. «Dann unterstellt die Finanzverwaltung aus Vereinfachungsgründen, dass sich der Hauptwohnsitz außerhalb des Beschäftigungsortes befindet», erklärt Karbe-Geßler.

Gut zu wissen: Eine doppelte Haushaltsführung wird außerdem nur dann anerkannt, wenn der Steuerzahler den Unterhalt für den Hauptwohnsitz selbst trägt und mitgestaltet – es zählt also nicht, etwa nur bei den Eltern gemeldet zu sein. (DPA)



**Willi Rinne**  
Steuerberater  
**Stefan Kahnt**  
Steuerberater

■ Im Wöhren 4  
30900 Wedemark  
OT Bissendorf  
Telefon 05130/95 90 0  
Telefax 05130/95 90 90



Straßburger Platz 2 I  
30853 Langenhagen  
Telefon (0511) 7253490  
info@stb-kleczka.de

www.steuerberater-langenhausen.de

### Erben und Vererben betrifft uns alle!

Darum ist es wichtig, sich kompetent von einer Fachanwältin für Erbrecht beraten zu lassen.



**Rechtsanwältin Gabriele Kemper-Blume**  
Fachanwältin für Erbrecht  
Fachanwältin für Familienrecht  
**Termine auch unter 05341-401300**  
in Kooperation mit  
**Rechtsanwältin Bettina Christoph**  
Am Heerwege 21 · 30900 Wedemark  
Tel. 05130-379571 · Fax: 05130-379572